

Überfall im Jugendamt – die Folgen

(Von E. Noldus.)

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30. November wurden die Folgen des Überfalls eines Familienclans auf das Jugendamt am 8. November – die WAZ hatte darüber berichtet – in schockloser Offenheit dargelegt.

Ein WAZ-Artikel.

Am 18. November hatte die WAZ Oberhausen mit „Familie verletzt Mitarbeiter des Jugendamts“ unter Benutzung vieler Konjunktive berichtet; so als ob es sich nicht um eindeutig festgestellte Tatsachen gehandelt haben. Ausgangspunkt des Überfalls mit insgesamt neun Tatbeteiligten war das Bestreben der 18jährigen Angehörigen einer jesidischen Großfamilie, beim Jugendamt um Schutz vor ihrer Familie zu ersuchen.

Hinweis: Die Jesiden leben, ähnlich wie die Kurden, als religiöse Minderheit in einem zusammenhängenden Siedlungsgebiet, welches aus kleinen Teilen Syriens, des Iraks und der Türkei besteht. Die eigenständige Religion ist monotheistisch und enthält Elemente aus den drei größeren Religionen des Nahen und Mittleren Ostens.

Die Folgen für die Allgemeinheit sind in dem WAZ-Artikel nur oberflächlich angesprochen worden. In der Jugendausschußsitzung vom 30. November erstattete der zuständige Fachbereichsleiter P. einen ausführlichen Bericht. Ausgangspunkt war ein Antrag A/17/2825-01 der CDU, die nun aus erster Hand erfuhren, welche Folgekosten die Steuerzahler wegen der auch von Christdemokraten selbst zu verantwortenden illegalen Masseneinwanderung nach Deutschland und den „Sicheren Hafen“ Oberhausen zu tragen haben.

Der Bericht des Fachbereichsleiters.

Fachbereichsleiter P. berichtete: Der Überfall – es sei ein Überfall und kein „Vorfall“ gewesen – sei am 8. November erfolgt. Die Familie sei „seit einigen Monaten“ bekannt. Es habe einen „Antrag auf Hereinnahme“ durch ein Familienmitglied, ein junges Mädchen, gegeben. Dieses habe sich an das Jugendamt gewandt. Am Dienstag sei nachmittags „eine Horde Menschen“ (Zitat) in das Jugendamt an der Danziger Straße gestürmt und habe dort mehrere Mitarbeiter tätlich angegriffen. Einer der Mitarbeiter habe im Krankenhaus behandelt werden müssen. Noch am Abend seien die Dezentralen Schmidt und Jehn informiert worden.

Am Mittwoch habe man erste Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Das Gebäude sei geschlossen worden und der Zutritt, von Sicherheitspersonal kontrolliert, ist nur noch nach Anmeldung möglich.

Ferner habe man zwei Krisenstäbe gebildet. Einer im Bereich Bauverwaltung, einer intern im Fachbereich. Beide seien beauftragt zu prüfen, welche Schutzmaßnahmen für die Mitarbeiter notwendig seien und wie diese Maßnahmen baulich umzusetzen seien.

Im Gebäude selbst wurden einzelne Schlösser ausgetauscht, so daß die Flure nicht mehr mit einem einzigen Schlüssel überall geöffnet werden können. Das Gebäude an der Danziger Straße sollte im Rahmen des Projektes „Brückenschlag“ renoviert werden. Nun seien Neuplanungen für Schutzmaßnahmen notwendig, an die man vorher nicht gedacht habe.

Konkret für die Mitarbeiter habe man drei Ganztagsveranstaltungen zur Deeskalation durchgeführt (oder wolle sie durchführen?!). Der Überfall habe „bei allen Mitarbeitern, und nicht nur bei den direkt Betroffenen, nachhaltige Wirkungen“ ausgelöst.

Herr P. erklärte: Das habe er „so in der Form noch nie erlebt“. Verbale Übergriffe – ja. Diese kämen gelegentlich vor. „Ein Überfall in dieser Qualität war für mich bemerkenswert und neu.“

Neue Strukturen...

Dezernent Schmidt sprach dann allgemein über eine Veränderung organisatorischer Strukturen. Diese hätten eine höhere Sicherheit aller Mitarbeiter am Standort Danziger Straße zum Ziel. Das Jugendamt verfüge über mehrere dezentrale Stellen. Perspektivisch werde jeder einzelne Standort mit der gleichen Zielsetzung überprüft. Die Neuplanungen seien deshalb notwendig, weil man an Vorfälle dieser Intensität bei früheren Planungen nie gedacht habe.

Zudem gehörten Hausbesuche zu den Aufgaben der Mitarbeiter. Man stelle Überlegungen an, wie man auch dort deren Schutz erhöhen könne.

Herr P. ergänzte: Von seiner Konzeption her sei das Jugendamt niedrigschwellig. Das spiegele sich in der gesamten Architektur wieder, so auch z. B. durch Innendurchgänge zwischen den einzelnen Zimmern. Das Arbeiten dort sei völlig anders als auf dem Sozialamt. Nun unternehme man eine Gratwanderung. Einerseits möchte man weiterhin ansprechbar sein, andererseits müsse man Sicherheitsaspekte berücksichtigen. Die Arbeit beim Jugendamt sei dadurch gekennzeichnet, „im Dialog eng mit den Menschen zusammenzuarbeiten.“

Die Besuche von Mitarbeitern in den „Quartieren“ finden bisher mit deren privaten PKWs statt. Nun gebe es Ängste der Mitarbeiter, daß man über das Kennzeichen oder durch Hinterherfahren die Privatadresse ermitteln könnte. Aktuell überlege man an einer Lösung, derartige Fahrten nur noch mit Dienstfahrzeugen zu unternehmen; etwa ein Fahrzeug für zwei benachbarte Dienststellen zu beschaffen wäre ein Ansatz.

Und die Kosten?

Der Ausschußvorsitzende dankte für die ausführlichen Erläuterungen. Fragen wurden seitens der Vertreter der selbst ernannten demokratischen Parteien nicht gestellt. Warum auch? Die Folgekosten tragen alle (!) Steuerzahler – übrigens auch jene mit „Migrationshintergrund“.